

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

SCHWEIZ  Keine neuen Steuern, kein Ausländerstopp

FDP zufrieden mit Abstimmungsergebnis

Grosserfolg: Die FDP ist zufrieden mit den Abstimmungsergebnissen vom 24. September 2000. Als einzige grosse Partei hat sie für ihre Parolen vom Volk Unterstützung erhalten.

Die deutliche Ablehnung der 18-Prozent-Initiative zeigt klar, dass das Schweizer Volk nicht bereit ist, Toleranz und Wirtschaftswachstum auf dem Altar einer untauglichen, auslän-

derfeindlichen Quotenpolitik zu opfern. Der gesunde Menschenverstand hat gesiegt. Schweizerinnen und Schweizer haben damit auch ihr Vertrauen in die Politik des Bundesrates und der Quotengegner zum Ausdruck gebracht, die Missbräuche konsequent bekämpft und beispielsweise auch die Rückführungen der Vertriebenen nach Kosovo durchzieht. Die anstehende Revision des Ausländerrechts muss dieser Leitlinie folgen: grosszügige Politik gegenüber qualifizierten Kräften, Nulltoleranz gegenüber Missbräuchen. Das Ergebnis ist auch eine erneute Ohrfeige an die SVP, die sich nach den bilateralen Verträgen ein zweites Mal frontal gegen die Interessen des Wirtschaftsstandorts und der liberalen Gesellschaft gestellt hatte.

Der gegenüber qualifizierten Kräften, Nulltoleranz gegenüber Missbräuchen. Das Ergebnis ist auch eine erneute Ohrfeige an die SVP, die sich nach den bilateralen Verträgen ein zweites Mal frontal gegen die Interessen des Wirtschaftsstandorts und der liberalen Gesellschaft gestellt hatte.

Klares Signal

Demgegenüber haben ausnahmslos alle Kantonalparteien der FDP diese Initiative klar verworfen. Die

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Das neue Bundespersonalgesetz hat Signalwirkung für Kantone, Gemeinden und die Wirtschaft. Seite **5**
- Unter dem Titel «Permanenter Wahlkampf» bietet die FDP Schweiz verschiedene Bildungsmöglichkeiten an. Seiten **6, 7, 13 UND 14**
- Wie die FDP die Sicherstellung der AHV bis 2025 angehen will, zeigt sie im Konzept zur 11. AHV-Revision auf. Seiten **8 UND 9**



Der klare Entscheid für das 3x Nein, war nicht zuletzt eine Kundgebung gegen neue Heiz- und Nebenkosten, neue Steuern und gegen die Benzinpreiserhöhungen. (Bild rus)

drei Energievorlagen wurden differenziert beurteilt. Insbesondere das klare Nein zur Solarinitiative ist ein unmissverständliches Signal für den Steuerstopp und gegen neue Subventionen. Vorlagen, die zu einer Erhöhung des Steuerniveaus führen, finden keine Mehrheiten mehr. Heute stehen gezielte Steuersenkungen im Vordergrund. Die FDP wird ihre Vorstellungen zur Finanz- und Steuerpolitik des Bundes demnächst veröffentlichen. Mit der insgesamt klaren Ablehnung aller drei Energievorlagen ist die ökologische Steuerreform wohl auch für die Neuordnung der Finanzordnung 2006 vom Tisch. Die Energielenkungsabgabe (Grundnorm) wurde in der Kampagne Opfer der Diskreditierung durch die beiden Subventionsvorlagen Solarinitiative und Förderabgabe.

Schlechter Stil

Dass SP-Kreise am Tag des Volk-Neins bereits Referendumsdrohungen gegen die Strommarkliberalisierung ausstossen, ist schlechter Stil. Die FDP wird dafür sorgen, dass breite Kreise rasch von niedrigeren Strompreisen profitieren können.

Wider die Rosinenpicker

Das Schweizer Volk will keine Einzeloperationen bei den Volksrechten. Die Rosinenpicker-Initiative für ein konstruktives Referendum hat eine regelrechte Abfuhr erlitten. Die Bevölkerung erachtet die heutigen Volksrechte als genügend und will keinen einseitigen Ausbau vornehmen, der in erster Linie den Vertretern von Partikularinteressen dient. Für die FDP muss die notwendige Revision im Sinne der Verwesentlichung aus einer Gesamtsicht erfolgen.

BUNDESHAUS ◉ Johannes Matyassy wird Leiter von PRäsenz Schweiz

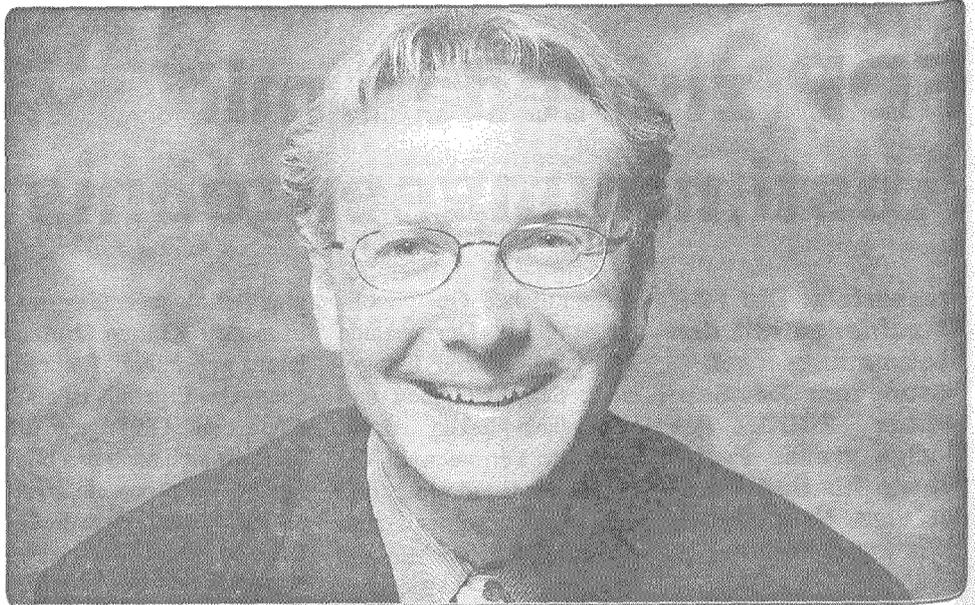
Zwischen Wehmut und «Freude herrscht»

Als der Bundesrat an seiner Sitzung vom 30. August den Generalsekretär der FDP Schweiz, Johannes Matyassy, zum ersten Leiter der Geschäftsstelle «PRäsenz Schweiz» wählte, kamen innerhalb der FDP verschiedene Gefühle auf. Während sich die einen freuten, dass ein Freisinniger in einem CVP-Departement zu diesem hohen Posten kommt, spielt bei den anderen eine gewisse Wehmut mit.

rus. Die Entscheidung, Johannes Matyassy für dieses Amt zu wählen, fiel dem Bundesrat leicht. Darum formulierte er seinen Entscheid wie folgt: «Die grosse Erfahrung von Herrn Matyassy in Politik und Verwaltung bildet eine wertvolle Ergänzung zum wirtschaftlichen Profil von Paul Reutlinger, der vom Bundesrat am 5. Juli 2000 zum nebenamtlichen Präsidenten der

PRS-Kommission gewählt wurde.»

Für diese Formulierung des Bundesrates hat man in FDP-Kreisen volles Verständnis, haben doch alle, die mit Johannes Matyassy zu tun hatten, erlebt, wie konstruktiv die Zusammenarbeit mit ihm war. Gerade die Vorbereitung der Wahlen 1999 war Zeuge dafür, dass es immer sein Ziel war, vorwärts zu schauen. Allein die FDP-



Zielsetzungen «Unsere Schweiz 1999–2007» sind ein eindrücklicher Beweis dafür, wie zukunftsorientiert Matyassy seine Aufgaben angeht.

Aus dieser Sicht, sei es mit einem weinenden oder lachenden Auge, wünschen wir unserem Generalsekretär alles Gute für die Zukunft und freuen uns, wenn

er in den nächsten Jahren unser Land gleich gut «verkauft» wie in den vergangenen Jahren unsere Partei.

ZENTRALSCHWEIZ ◉ Die Liberalen haben sich umgetauft

Luzerner und Schwyzer Liberale heissen nun FDP

Was schon längst das Ziel liberaler Politiker aus den Kantonen Luzern und Schwyz war, wurde in den letzten Wochen erreicht. An ihren Delegiertenversammlungen beschlossen die beiden Kantonalparteien, nicht mehr als Liberale, sondern künftig als Freisinnige aufzutreten.

rus. Seit Generalsekretär Johannes Matyassy im Amt ist, verfolgte er ein Ziel: einheitlicher Auftritt der FDP nach aussen. Mit den Umbenennungen in den Kantonen Luzern und Schwyz ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung vollzogen.

Mit Blick auf die Wahlen 2003

Sowohl bei den Luzerner als auch bei den Schwyzer Li-

beralen brauchte es keine grossen Überredungskünste, diese Umtaufungen vorzunehmen. Einigen wenigen, welche dem Namen nach auch in Zukunft lieber «Liberale» geblieben wären, bleibt es vorbehalten, auch in Zukunft «liberal» zu politisieren. Massgebend für den Entscheid war aber auch die Tatsache, dass alle Freisinnigen in der ganzen Schweiz künftig mit einem

einheitlichen Logo auftreten können. Stellvertretend für viele brachte es ein FDP-Verantwortlicher wie folgt auf den Punkt: «Wir erzielen einen höheren Wiedererkennungswert, eine Einheitlichkeit des Auftritts und nicht zuletzt eine höhere Identifikation der Neuzuzüger. Diesen Bewohnern mussten wir bis heute immer sagen, dass wir von den Liberalen die FDP sind.»

Die FDP Schweiz gratuliert den beiden Kantonalparteien zu ihrem Entschluss und freut sich – unter einem gemeinsamen Logo –, geschlossen eine liberale Politik nach innen und nach aussen vertreten zu können.

VORSTELLUNG ◉ *Wer sind die neuen Parlamentarier?*

Who's who? – Teil 9

Fabio Abate

Geburtsdatum: 4. Januar 1966

Bürgerort: Cabbio

Wohnort: Locarno

Zivilstand: ledig

Militär: Korporal

Hobbys: Fussball, Jazz, Literatur, Weinkunde

Ausbildung

– Primarschule in Locarno

– Kantonales Gymnasium und Lizeum in Locarno

– Universität Bern

– lic. iur. Uni Bern

Gegenwärtige Tätigkeit

– Selbständiger Advokat und Notar

Politische Tätigkeit

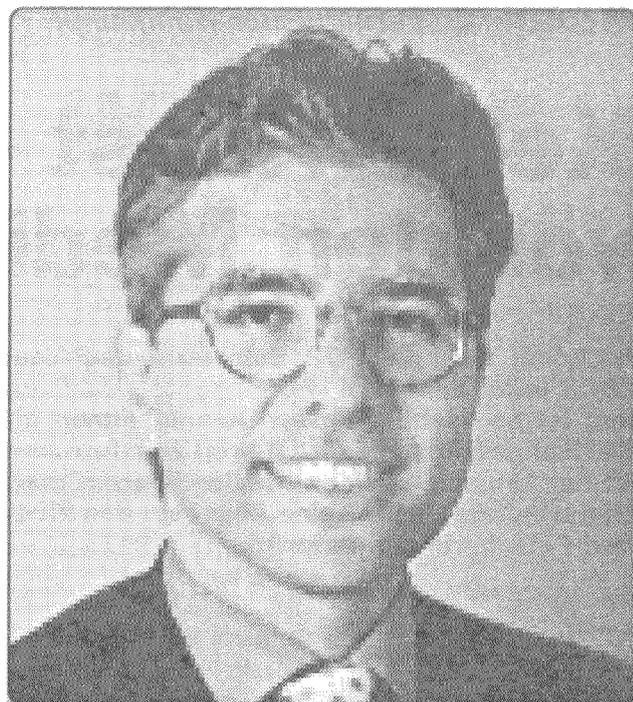
– Seit 1996 Gemeinderat von Locarno

Funktion in der Partei

– Eidgenössisch Delegierter der FDP des Kantons Tessin

Organisationen/Verbände/ Institutionen

– Mitglied des Verwaltungsrates Prosegur SA



Der junge Tessiner Anwalt, Fabio Abate, Locarno, zieht als Nachfolger von Gabriele Gendotti, Faido, in den Nationalrat ein. Trotz diesem Wechsel ist dem Sopra-Ceneri der Sitz in Bern erhalten geblieben. Hinzu kommt, dass mit Fabio Abate (1966) ein junges Mitglied in der Bundesversammlung einen Sitz einnimmt.

STEIN AM RHEIN ◉ *Auf zu gemeinsamen Zielen*

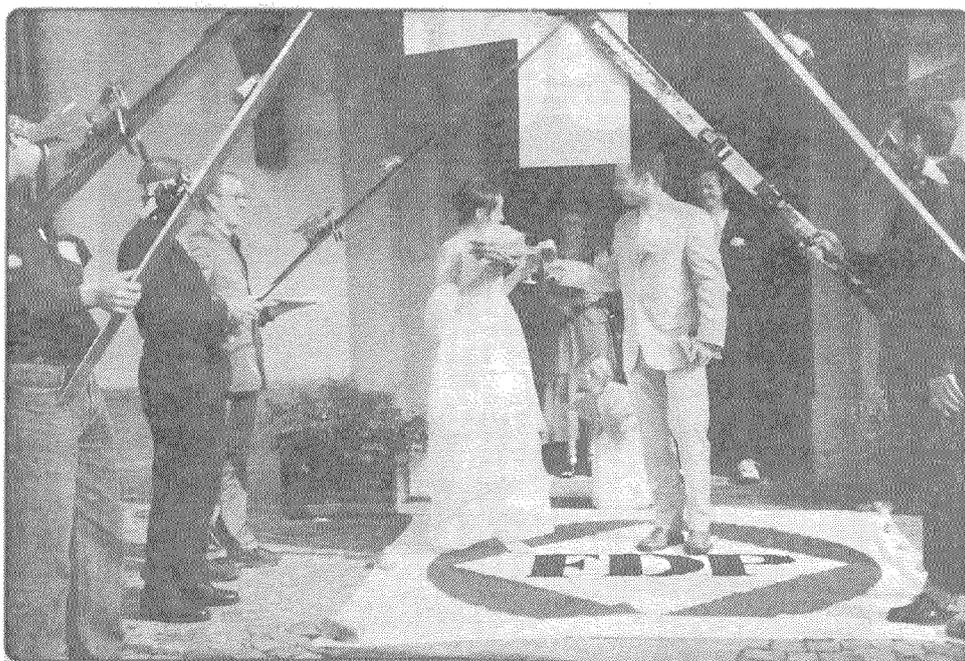
Andrea Keller und Guido Schommer sagten Ja

Bei herrlichem Wetter gaben sich am Samstag, 2. September 2000, der FDP-Presseschef Guido Schommer und seine langjährige Partnerin Andrea Keller das Jawort für eine gemeinsame Zukunft. Mit von der Partie war auch ihre kleine Tochter.

Rus. Eine grosse Gästeschar war in der Stadtkirche Stein am Rhein mit dabei, als sich die beiden Ostschweizer im historischen Städtchen am Rhein das Jawort gaben. Sie kamen aus der ganzen Schweiz. Nicht nur, um als Zeugen bei die-

sem feierlichen Akt dabei zu sein, sondern um dem frischvermählten Paar und seiner Tochter alles Gute für die Zukunft zu wünschen. Es waren Verwandte und Freunde aus der Jugend- und Studienzeit, welche die beiden an ihre früheren «Alleingänge» erinnerten. Aber auch solche, die zusammen mit den Schommers im Freundeskreis und in der Politik die Zukunft gestalten möchten.

Auch der «Freisinn» wünscht dem jungen Paar viele glückliche gemeinsame Jahre. ■



Mitten auf einer FDP-Fahne stiess Guido Schommer mit seiner Andrea auf die gemeinsame Zukunft an.

MEDIEN ◉ *Permanenter Wahlkampf*

Keine Angst vor den Medien

Nachdem sich die FDP Schweiz entschlossen hat, den Wahlkampf 2003 unter dem Titel «Permanenter Wahlkampf» heute schon zu starten, ist es wichtig, unsere Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Wahlkampfteams möglichst breit zu informieren. Einer dieser Bereiche ist der Umgang mit den Medien. Darum machen wir Sie auf das neu überarbeitete Buch «Keine Angst vor den Medien» des Medienprofis Alfred Fetscherin aufmerksam.

VON Ruedi Schläpfer,
Generalsekretariat
FDP Schweiz

Dieses Buch richtet sich
nebst Unternehmern vor allem
an Politikerinnen und

Politiker. Die 100 goldenen
Regeln vermitteln Ihnen
konkrete Hinweise, wie Sie
die Zusammenarbeit mit
den Medien aufbauen und
gestalten können. Vor allem
sollen sie Ihnen aber auch

helfen, bei Ihrer Öffentlich-
keitsarbeit jene Fehler zu
vermeiden, die tausend an-
dere vor Ihnen schon ge-
macht haben.

Der erste Teil macht Sie
mit dem Umfeld und der ak-

tuellen Entwicklung der
Medien vertraut. Sie lernen
die Grundregeln kennen,
die einen erfolgreichen
Umgang mit den Medien
garantieren. Vor allem in
Zeiten des «Permanenten
Wahlkampfes» kann das
«Gewusst wie» für Politiker
und Kandidaten von grös-
ster Bedeutung sein.

Nicht nur die Printmedien

Während sich der erste Teil
schwer gewichtig mit der
geschriebenen Presse be-
fasst, stehen im zweiten Teil
die elektronischen Medien
im Vordergrund. Radio und
Fernsehen werden – neben
dem Internet – für die Infor-
mationsvermittlung und da-
mit für die Profilierung von
Kandidaten und Parteien
immer wichtiger. Radio und
Fernsehen haben aber sehr
spezifische Produktionsbe-
dingungen. Nur wer dar-
über Bescheid weiss, ist in
der Lage, die Tücken von
Kamera und Mikrophon zu
umschiffen und die Chan-
cen eines Auftritts beim
Rundfunk oder Fernsehen
zu nutzen.

Darüber hinaus gibt das
Buch zahlreiche nützliche
Hinweise und Tipps für den
Politikeralltag. So erfahren
Sie u. a., wie Sie Referate,
Vorträge und Berichte so
abfassen können, dass Ih-
nen Aufmerksamkeit und
Interesse Ihrer Zuhörer si-
cher sind. ■

Der Autor

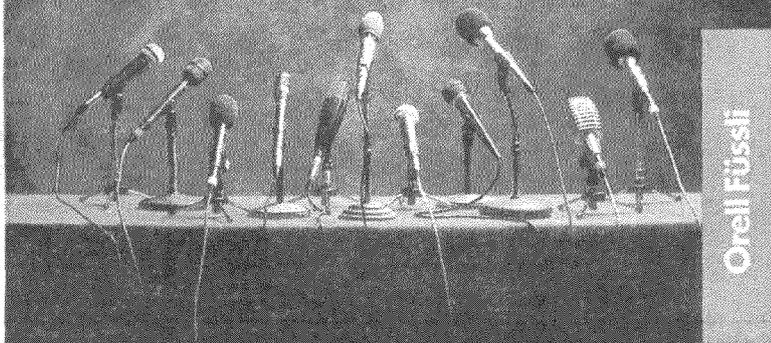
Alfred Fetscherin ist kein
Theoretiker, sondern ein
Praktiker. Während über
20 Jahren war er selbst an
der Front und später in
leitender Funktion bei
Presse, Radio und Fern-
sehen tätig. Er kennt die
Arbeitsweise und die Be-
dürfnisse der Journalis-
ten aus eigener Erfah-
rung. Als Leiter von ein-
em der erfolgreichsten
Radiosender weiss er,
welche Themen für die
Medien interessant sind
und wie diese angeboten
werden müssen, damit
sie eine Chance haben,
an die Frau bzw. an den
Mann gebracht zu wer-
den. Als Moderator der
«Tagesschau» stand Fet-
scherin während Jahren
selbst vor der Kamera
und ist deshalb mit den
Gefahren und Tücken ei-
nes Auftritts in den elek-
tronischen Medien be-
stens vertraut.

Sein Know-how, aber
auch seine Fähigkeit, auf
leicht verständliche
Weise das Wichtigste in
Kürze zu vermitteln, ma-
chen Alfred Fetscherin zu
einem gefragten Medien-
trainer in den deutsch-
sprachigen Ländern. Als
Inhaber der Fetscherin
PR + Medienberatung
leitet er Kurse und Semi-
nare zur Öffentlichkeits-
arbeit und berät Politiker
im erfolgreichen Um-
gang mit den Medien. ■

Alfred Fetscherin

Keine Angst vor den Medien

100 goldene Regeln für den Umgang
mit Presse, Radio, Fernsehen



ABSTIMMUNGEN ○ Neues Bundespersonalgesetz

Signalwirkung für die Wirtschaft

Parlament und Bundesrat haben sich sehr bemüht, ein modernes Bundespersonalgesetz (BPG) zu machen. Eine auf Besitzstandswahrung ausgerichtete Gegnerschaft hat aber das Referendum ergriffen, so dass nun das Volk an der Urne entscheiden muss.

VON STÄNDERAT
ROLF BÜTTIKER, OLTEN

Diesen Abstimmungskampf können wir mit Zuversicht angehen, zumal ich überzeugt bin, dass sich das Schweizervolk für den Fortschritt entscheiden wird. Dabei steht die Abschaffung des Beamtenstatus im Zentrum der Diskussion. Das neue BPG hat dabei Signalwirkung in drei Richtungen: Der Bund selber ist natürlich eine sehr grosser Arbeitgeber, zweitens wirft das neue BPG auch Schatten auf die Situation in Kantonen und Gemeinden, und drittens kann sich auch die Privatwirtschaft der Signalwirkung des neuen Gesetzes nicht entziehen.

«Kulturwandel» in liberaler Richtung

Das Beamtengesetz von 1927 ist veraltet und insbesondere zu starr. Eines der wesentlichen Ziele für ein neues Personalrecht ist daher die Flexibilisierung der Anstellungsverhältnisse (stets rasche Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Gesellschaft, Wertewandel, Globalisierung, usw.). Dieses Ziel wird mit dem vorliegenden Gesetz erreicht. Es enthält die wesentlichen Elemente

des Bundesarbeitsrechts und lässt der Exekutive weiten Handlungsspielraum, um rasch auf veränderte Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt reagieren zu können. Auf der anderen Seite gilt es auch Rücksicht zu nehmen und die Sorgen und die Verunsicherung der Arbeitnehmerorganisationen zu beachten, die darin bestehen, dass das Rahmengesetz die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer nur in Einzelpunkten festhält und viele Elemente der Ausführungsgesetzgebung überlässt. Aber insbesondere die in Artikel 4 festgelegten Grundsätze der Personalpolitik können diesbezüglich wesentlich zur Beruhigung beitragen. Auch der öffentlichrechtliche Arbeitgeber muss die Möglichkeit haben, mit Hilfe von flexiblen gesetzlichen Vorschriften das Arbeitsrecht weiterzuentwickeln und an die Bedürfnisse der jeweiligen Zeit anzupassen. Das öffentliche Personal muss lernen, sich auf rasche Veränderungen einzustellen.

Dynamisch und lernfähig

Um auf diese Veränderungen reagieren zu können, ist es notwendig und richtig, die Kompetenz im Personalbereich – soweit aus Rechtsgleichheitsgründen verantwortbar – zu delegieren. Die Legislative muss sich darauf beschränken, im strategischen Bereich die mittel- und langfristigen Leitplanken zu setzen, und der Exekutive wird die Zuständigkeit für den gesamten operationellen Bereich übertragen. Dies bedingt ein Umdenken auf allen Ebenen, das sich nicht von heute auf morgen verwirkli-



Rolf Büttiker

chen lässt und mit einem tief greifenden Kulturwandel verbunden ist. Wenn dieser Kulturwandel nicht geschieht, bleibt das Gesetz in weiten Teilen lediglich Buchstabe. Das Parlament muss sich von den gewohnten Eingriffen in operationellen Fragestellungen lösen. Als Ersatz dafür erhält es Steuerungsinstrumente, die sich aus dem neu aufzubauenden Controlling und Berichtswesen ergeben. Die Linienverantwortlichen müssen die ihnen übertragenen Kompetenzen auch tatsächlich wahrnehmen, sie müssen für die getroffenen Entscheide gradestehen. Um dies zu erreichen, bedarf es einer intensiven Vorgesetztenschulung und mittelfristig der Einführung eines gut ausgebauten Karrierentwicklungssystems. Weil im Rahmen der neuen Philosophie nicht mehr praktisch jede Detailfrage durch rechtliche Erlasse beantwortet wird, müssen die Linienverantwortlichen in die Lage versetzt werden, aus den konkreten Sachverhalten die richtige Lösung zu erarbeiten. Dies setzt voraus, dass wir loskom-

men von der in der öffentlichen Verwaltung weit verbreiteten Nullfehlerkultur. Die Initiative derjenigen, die Verantwortung tragen, muss gefördert und belohnt werden. Sie sollen Fehler machen dürfen und aus diesen Fehlern lernen. Und damit sind wir bei einem ganz wesentlichen Punkt des Kulturwandels angelangt. Die öffentliche Verwaltung muss sich von einem heute eher stabilen Gebilde zu einer dynamischen, lernenden Organisation entwickeln.

Noch einmal gilt es darauf hinzuweisen, dass man keine Wunder erwarten darf, sondern dass ein Prozess seine Zeit braucht und mit insistierender Hartnäckigkeit auf allen Stufen permanent konsequent vorangetrieben werden muss.

Fazit

Es ist höchste Zeit, dass das veraltete Bundespersonalgesetz endlich durch einen modernen Erlass abgelöst wird. In diesem Sinne bewirkt das ergriffene Referendum nur Zeitverzögerung. Wenn auch da und dort das Bundespersonal-

recht näher an die Realität und Verhältnisse der Privatwirtschaft hätte herangeführt werden müssen, darf doch festgehalten werden, dass:

- mit aller Sorgfalt legifert wurde;
- ein modernes BPG für die Zukunft vorliegt;
- die Interessen des Bundespersonals nachhaltig berücksichtigt wurden
- und gute Bundesangestellte keine «goldenen Fesseln» im Gesetz brauchen!

Deshalb muss aus Sicht der FDP dem neuen BPG unbedingt zum Erfolg an der Urne verholfen werden. Die besseren Argumente liegen auf unserer Seite! ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTUNG:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ PRINT, Schlieren
E-Mail: print@nzz.ch

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

FDP-Academy young_politics

Donnerstag/Freitag, 23./24. November 2000

Donnerstag, 23. November 2000: young_politics (part one)

Eintreffen, einchecken	ab 14.30 Uhr	Teilnehmer (individuell)
Begrüssung, Zielsetzung, Inhalte und Ablauf der Veranstaltung	15.00– 15.10 Uhr	Stefan Costa, Moderator
Die Jungfreisinnigen Schweiz: ■ Strukturen und Inhalte ■ Parteien vs. young_politics: Ein Widerspruch?	15.10– 16.10 Uhr	Bernhard Schürch, Präsident Jungfreisinnige Schweiz
young_politics aus der Sicht des Trendforschers: ■ Gibt es überhaupt eine «junge Politik»? Politik ausserhalb bestehender Strukturen?	16.10– 17.10 Uhr	Reto Wüthrich, Inhaber und Leiter der Trendagentur pepper.ch in Zürich
Pause	17.10 – 17.40 Uhr	
E-Politics und E-Government ■ Möglichkeiten und Grenzen	17.40– 19.00 Uhr	Bruno Hofer, Senior Manager PriceWaterhouse- Coopers
Nachtessen	19.00 Uhr	
www.designNet.ch (Rahmenprogramm) ■ Design Center ■ Design-Preis Schweiz Designers Saturday	20.15– 21.15 Uhr	Edith Zankl, Geschäftsleiterin Design Center Langenthal
Anschliessend Ausklang		

Freitag, 24. November 2000: young_politics (part two)

«Beruf: Exekutiv-Politiker» Praktische Erfahrungen und Tipps eines Berufspolitikers	8.30– 9.30 Uhr	Hans-Jürg Käser, Stadtpräsident Langenthal
Parlamentarierleben: Erfahrungen als Mitglied des Nationalrates in Bern und des Europarates in Strassburg	9.30– 10.45 Uhr	Ernst Mühlemann, Ex-Nationalrat TG
Pause	10.45–11.15 Uhr	
young_politics und Presse ■ Workshop mit den Machern von «visium dialog»	11.15– 12.45 Uhr	Rolf Walker, Redaktion «visium dialog»
Mittagessen, anschl. Zeit zur freien Verfügung, Gruppengespräche, Auswertung 1. Seminarteil usw.	13.00 Uhr	
Start FDP-Academy	15.00 Uhr	

Diverses

- Tagungszentrum: Design Center
Alte Mühle
4900 Langenthal
Telefon (062) 923 03 33
Fax (062) 923 16 22
www.designnet.ch
- empfohlene Hotels
in walking distance:
(bitte individuell reservieren!)
 - Hotel Bären
St.-Urban-Strasse 1
4900 Langenthal
Telefon (062) 919 17 17
Fax (062) 919 17 18
 - Hotel Dreilinden
Weststrasse 90
4900 Langenthal
Telefon (062) 922 94 22
Fax (062) 923 24 35

■ Kontaktperson:

Stefan Costa
FDP Schweiz
Neuengasse 20 / Postfach 6136
3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
costa@fdp.ch

Kosten: Fr. 125.–

■ Anmeldung:

mit Angabe von Name, Vorname,
Funktion und Wohnort:
FDP-Generalsekretariat in Bern
Fax (031) 320 35 00
oder gs@fdp.ch

Design Center, Alte Mühle, 4900 Langenthal

FDP-Academy content_politics communication_politics

Freitag/Samstag, 24./25. November 2000

Freitag, 24. November 2000: content_politics

Eintreffen, einchecken	ab 14.30 Uhr	Teilnehmer (individuell)
Begrüssung, Zielsetzung, Inhalte und Ablauf der Veranstaltung	15.00– 15.10 Uhr	Stefan Costa, Moderator
Politische Schwerpunktthemen der FDP Schweiz, Zielgruppen und Parteistrategie («Unsere Schweiz 1999–2007», 12 bürgerliche Prioritäten)	15.10– 16.10 Uhr	Johannes Matyassy, Generalsekretär FDP Schweiz
Politik konkret: ■ Sozialpolitik ■ Finanzpolitik ■ Verkehrspolitik Impulsreferate, anschl. Gruppenarbeiten und Präsentationen vor dem Plenum	16.10– 18.10 Uhr inkl. 15 Min. Pause ca. um 17.00 Uhr	Christine Egerszegi, Nationalrätin AG Gerold Bühler, Nationalrat SH Paul Kurrus, Nationalrat BL
Wichtigste Erfahrungen eines gewählten Kandidaten aus seinem Wahlkampf und dem ersten Jahr im Rat	18.10– 18.45 Uhr	Paul Kurrus
Apérotalk mit einem Wirtschaftsrepräsentanten und einem Politiker zum Thema «Was erwartet die Wirtschaft von FDP-Politikern?»	18.45– 19.30 Uhr	Enrico Casanovas, Direktor Création Baumann, Langenthal/BE Johann-Niklaus Schneider-Ammann, Nationalrat BE
Nachtessen	19.30 Uhr	
Pers. TV-Statements, mit Videoaufnahme	20.45– 21.45 Uhr	Stefan Costa
Anschliessend Ausklang		

Samstag, 25. November 2000: communication_politics

Rückblick auf die Statements des Vorabends: Video-Visionierung und Analyse ausgewählter Beispiele	8.30– 9.15 Uhr	Christian Heeb, Chefredaktor Radio Basilisk, Basel Hanspeter Meng, Journalist, Zürich
Der erfolgreiche Medienauftritt, mit Schwergewicht auf Lokalradio und Presse ■ Einführung ■ Gruppenarbeiten mit praktischer Tätigkeit und Auswertung	9.15– 10.30 Uhr	Christian Heeb Hanspeter Meng Guido Schommer, Pressechef FDP Schweiz
Pause	10.30–11.00 Uhr	
«So gewinnt man Wahlen» ■ Anleitung zum Erfolg ■ Entwicklung eines eigenen Persönlichkeitsprofils mit Aktivitätsplan für den Wahlkampf (Gruppenarbeiten), anschl. Auswertung	11.00– 12.30 Uhr	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP Kt. Bern Markus Seiler, Wahlkampfleiter FDP Spiez
Mittagessen	12.30 Uhr	
Panelgespräch mit drei erfolgreichen ParlamentarierInnen, inkl. Ausweitung des Gespräches auf die Teilnehmer Möglichkeiten für Fragestellungen und Erfahrungsaustausch	13.30– 14.45 Uhr	<i>Panelteilnehmer:</i> Christine Beerli, Ständerätin BE Peter Kofmel, Nationalrat SO Georges Theiler, Nationalrat LU <i>Leitung:</i> Rolf Leimer, Unternehmensbera- ter, Zollikon ZH
Zusammenfassung der Ergebnisse des Panels mit ausgewählten individuellen Statements	14.45 – 14.50 Uhr	Rolf Leimer
Zertifikat für die erfolgreiche Teilnahme der FDP-Academy «Fit für Wahlen» Gruppenfoto, Verabschiedung	14.50– 15.00 Uhr	Christine Beerli Stefan Costa

Design Center, Alte Mühle, 4900 Langenthal

AHV ◊ Das freisinnige Konzept zur 11. AHV-Revision

Sicherung der Altersrenten bis 2025

Die Freisinnigen haben sich gründlich mit der Zukunft der AHV auseinander gesetzt und sind überzeugt, dass die finanzielle Sicherstellung der Renten für die nächsten 20 Jahre jetzt an die Hand genommen werden muss. Nur in einem Gesamtkonzept können unvermeidbare Mehrwertsteuererhöhungen geplant und zumutbare Leistungsanpassungen verantwortet werden. Beide Massnahmen sind unpopulär, aber notwendig für eine verantwortungsbewusste Sozialpolitik.

VON NATIONALRÄTIN
CHRISTINE EGERSZEGI-
OBRISS, MELLINGEN

Weitere 1,5 Mehrwertsteuerprozent bis 2025 sind unvermeidlich

Die AHV ist gut planbar: Wir wissen, dass in zwanzig Jahren mehr Leute eine Rente beziehen werden; denn diese stehen bereits im Erwerbsleben. Wir wissen auch, dass wir dafür jährlich 12 Mrd. Franken mehr brauchen. Deshalb ist eine Mehrwertsteuererhöhung in den Jahren 2003 (+0,5%) und 2007 (+1%) notwendig. Mit gewissen Leistungsanpassungen können aber weitere Steuerprozent bis 2025 umgangen werden. Dies ist umso wichtiger, als diese Konsumsteuer Familien mit kleineren und mittleren Einkommen besonders belastet.

Mit Leistungsanpassungen müssen alle beitragen

Die FDP ist überzeugt, dass der Mehrbedarf der AHV nur über einen Mix aus Mehreinnahmen und Leistungsanpassungen zu verkraften ist. Deshalb schlagen wir eine Mehrwertsteuererhöhung von 1,5% und folgende Leistungsanpassungen vor:

■ Rentenalter 65 für alle ab 2009 ist unverzichtbar. Falls der eingesetzte Auf-



Christine Egerszegi

schwung nicht jahrzehntelang anhält, müssen wir – statt einer weiteren Steuererhöhung – ab 2015 gar Rentenalter 66 ins Auge fassen. Der Druck für eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit wird durch den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter noch verstärkt, weil dann Tausende von Arbeitsstellen nicht mehr besetzt werden können. Wir werden dann auch ältere Arbeitskräfte motivieren müssen,

länger im Arbeitsprozess zu bleiben. Eine solche Verlängerung ist aber zwingend zu koppeln mit einer Flexibilisierung des Rentenalters. Allerdings hat diese kostenneutral mit einem versicherungstechnischen Abzug bei Vorbezug bzw. Aufschlag bei Aufschub zu geschehen. Bei Vorbezug ist auf eine spezielle soziale Abfederung zu verzichten, da die Ergänzungsleistungen bei Leuten mit kleinen Einkommen das Nötige aufstocken.

■ Eine weitere Einsparung zur Stabilisierung der AHV liegt in der neuen Zusammensetzung des Mischindex. Dem Preisanteil wird ein grösseres Gewicht zugewiesen als dem Lohnanteil; statt 50 zu 50 soll er neu mit ⅔ zu ⅓ berechnet werden. Für die einzelne Rente macht das monatlich weniger als 5 Franken aus, die Kostenteuerung wird

berücksichtigt und darüber hinaus sogar noch 33% der Reallohnentwicklung. Die Einsparungen bei der AHV fangen erst spärlich an, aber auf sämtliche Renten, und sie kumulieren sich bei jeder Anpassung.

■ Um die Sparmassnahmen auf möglichst viele Schultern zu verteilen, befürworten wir bei der Neuregelung der Beitragssätze für Selbständigerwerbende die Vorschläge des Bundesrates: Anhebung auf 8,1%. Statt einer Streichung der Freibeträge für Rentner bevorzugen wir aber eine Senkung von 16 800 auf jährlich 4000 Franken. Die Beitragspflicht für Kleinsteinkommen ist ein administrativer Unsinn und birgt die Gefahr, dass schwarz gearbeitet wird.

■ Eine Anpassung der Witwen- an die Witwerrenten entspräche zwar dem Gleichstellungsgebot, aber



Nur mit einer weitsichtigen AHV-Politik haben wir Gewähr, dass sich Jung und Alt auch künftig in die Augen schauen können. (Bild: rus)

Ob Rasen, Blumen oder Bäume, Spross schafft neue Landschaftsräume. Er schneidet, säet und begt und pflegt, dass Freude sich beim Kunden regt.

Über 100 Jahre

Erfahrung, Dynamik, Tradition

Spross

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-492 62 62

SINGEN D  Erstes Bodenseetreffen der Liberalen vor 40 Jahren

Verbindet der See?



Alfred Eger, Birgit Homburger, Hardmut Frischenschlager und Urs Städeli machten deutlich, dass diese Treffen in Zukunft jährlich durchgeführt werden sollten. (Bild rus)

Am Rande der Gartenschau trafen sich «Die Liberalen rund um den Bodensee» in Singen. Vor 40 Jahren fand ein erstes Treffen von liberalen Politikerinnen und Politikern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Dass dieses nicht jährlich durchgeführt wird, bedauern alle Teilnehmer in ihren Voten.

rus. Einmal mehr hat es der Verantwortliche der Reinhard-Meyer-Stiftung, Alfred Eger, an die Hand genommen, dieses Treffen wieder zu aktivieren. In seiner Begrüssung hielt er fest, dass bei der ersten Zusammenkunft «Der Bodensee als gemeinsames Trinkwasser-Reservoir» im Mittelpunkt stand.

An Chancen fehlt es nicht

Die von den drei Referenten angeschnittenen Hauptthemen Bildung und Verkehr verdeutlichten, dass der Bodensee weniger als trennendes denn als verbindendes Element gilt. Gerade die gemeinsamen Bildungsziele mit der Fachhochschule Konstanz, den Universitäten St. Gallen

und Konstanz und dem Technikum Buchs bilden optimale Voraussetzungen, das Angebot über die Grenzen zu nutzen. In diesem Bereich waren sich sowohl

die Bundestagsabgeordnete Birgit Homburger (D) und Frischenschlager (Ö) als auch der Thurgauer FDP-Kantonsrat Urs Städeli einig.

Schweiz als Beispiel

In der Verkehrsdiskussion machte es sich deutlich, dass die Schweiz mit ihrer Verkehrspolitik unter dem Titel «Von der Strasse auf die Schiene» als Musterland gelte. Bedauert wurde hingegen, dass der schweizerische Föderalismus von der EU nicht kopiert werde. Ob die Schweiz – in dieser Richtung – mit einem EU-Beitritt etwas bewirken könne, wurde unterschiedlich beurteilt, zumal die Sanktionen gegen Österreich bei den Diskussions-Teilnehmern noch in bester Erinnerung waren. ■

die gesellschaftliche Realität in ländlichen Landesteilen, wo eine Frau die Berufstätigkeit zugunsten einer grösseren Familie häufig aufgibt, lässt dies noch nicht zu. Deshalb verschieben wir das Vorhaben auf die nächste Revision. Da der damit verbundene Sparbeitrag von 786 Mio. Franken erst in 15 Jahren zum Tragen kommt, wird es uns mit den andern Sparmassnahmen (Erhöhung der Lebensarbeitszeit, Veränderung Mischindex und kostenneutrale Flexibilisierung) auch so gelingen, die AHV bis ins Jahr 2025 ohne weitere Steuererhöhungen zu sichern.

Mit diesem ausgeglichenen Paket bleibt die FDP auf dem Boden der Realität. Wir verzichten auf den Traum vom überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum der SP und verwenden das Allerheilmittel «Gold» der SVP schlicht zur Schuldentilgung; denn bei der AHV wären die 800 Mio. ein Tropfen auf einen heissen Stein und würden eine langfristige Sanierung nur verzögern. Völlig unglaubwürdig sind aber jene, die jede Mehrwertsteuererhöhung ablehnen und gleichzeitig eine Fondsdeckung von 100% fordern...

Herausforderung für uns alle

Die Sicherstellung der Leistungen für die AHV ist eine der wichtigsten Aufgaben für die nächsten zwei Jahrzehnte. Dabei ist eines sicher: Beharren auf starrem Besitzstanddenken wird uns nicht weiterführen. Alle werden dazu beitragen müssen, sei es mit höherem Rentenalter, abgeschwächter Rentenanpassung, anderem Beitragssatz oder ganz einfach als Steuerzahler. ■

LOKAL.
INTER-
NATIONAL.
ÜBERALL.

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

SULZER

Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung

**Samstag, 21. Oktober 2000, 10.00 Uhr,
Restaurant Schützenhaus, Kasernenstrasse, 8750 Glarus**

Freitag, 20. Oktober 2000

Vorprogramm

10.00 Uhr	Sekretärenkonferenz
13.00 Uhr	Mittagessen
Anschl. Rahmenprogramm für Kantonalsekretäre (bis 16.45 Uhr)	
14.00 Uhr	Geschäftsleitungssitzung
17.00 Uhr	Präsidentenkonferenz
19.30 Uhr	Nachtessen

Samstag, 21. Oktober 2000

a. o. Delegiertenversammlung

10.00 Uhr	Begrüssung und Ansprache durch den Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger UR
10.30 Uhr	Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)»

ARENA	Leitung: Eva Nietlisbach Jäger, Wirtschaftsjournalistin und Moderatorin TeleOstschweiz, St. Gallen
Teilnehmer:	Pro: Nationalrätin Barbara Haering, SP/ZH Ständerat Pierre-Alain Gentil, SP/JU Contra: Ständerat Hans-Rudolf Munz, FDP/AR Nationalrat Kurt Wasserfallen, FDP/BE

Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher EVD

Anschl. Diskussion und Parolenfassung

11.30 Uhr	Volksinitiative «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen» Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»
-----------	---

ARENA	Unter der Leitung von Richard Bertini, Redaktor DRS
Teilnehmer:	Pro: Nationalrätin Hilde Fässler, SP/SG Nationalrat Jost Gross, SP/TG Contra: Ständerätin Françoise Saudan, FDP/GE Nationalrätin Trix Heberlein, FDP/ZH

Ansprache: Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher EFD

Anschl. Diskussion und Parolenfassung

ca. 13.00 Uhr Schluss der DV und Apéritif



Anmeldetalon

Zur a. o. Delegiertenversammlung im Restaurant Schützenhaus, Kasernenstrasse, 8750 Glarus, sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich so rasch wie möglich an:

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden, faxen oder e-mailen an FDP Schweiz, a. o. DV Glarus, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

26. NOVEMBER ◊ Nein zur «Halbierungsinitiative»

Ein Angriff auf unsere Selbständigkeit

Seit den achtziger Jahren werden in regelmäßigen Abständen Volksinitiativen lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates in Frage gestellt. Die am 26. November zur Abstimmung anstehende Umverteilungsinitiative ist nichts anderes als eine Neuauflage der 1995 für ungültig erklärten Halbierungsinitiative der SPS.

VON FDP-NATIONALRAT
WERNER MESSMER,
KRADOLF TG

Diesmal wurde der Initiative der heuchlerische Titel verliehen «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze». Sie will die maximale Höhe der Verteidigungsausgaben in der Verfassung auf die Hälfte des Standes von 1987 festschreiben. Eine Milliarde der eingesparten Mittel müsste in einen Konversionsfonds einbezahlt werden zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Ein Drittel soll eingesetzt werden für zusätzliche internationale Friedenspolitik, und über die Verwendung des Restes der eingesparten Mittel entscheidet die Bundesversammlung alle 4 Jahre.

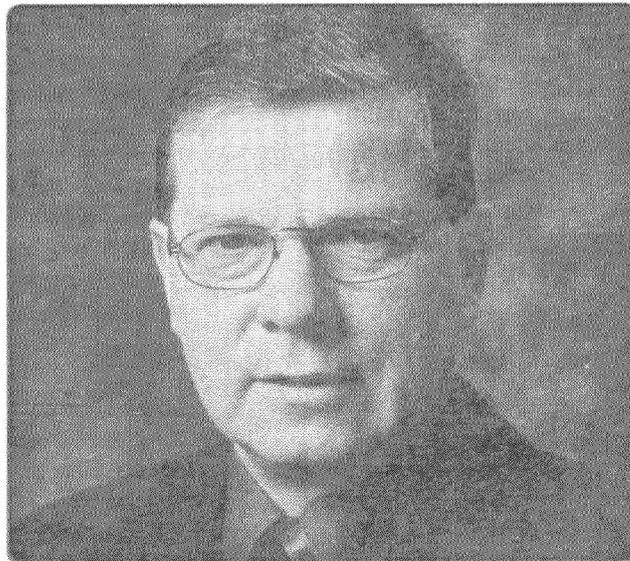
Wunschdenken contra Realität

Eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit richtet sich nicht nach unserer Verfassung. Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, dass wir heute näher an Konfliktherden leben als während des kalten Krieges? Es ist deshalb verantwortungslos, einen massiv reduzierten Ma-

ximalbetrag der Verteidigungsaufgaben in der Verfassung zu verankern. Die Schweiz muss auch in Zukunft flexibel reagieren können, wie sie das bereits nach der sicherheitspolitischen Wende von 1989 mit einer neuen Strategie, einer kleineren Armee und einer deutlichen Senkung der Ausgaben für die Landesverteidigung demonstrierte. Niemand kann heute wissen, welche Mittel in 10 oder 15 Jahren für die Bewältigung der dazumaligen Probleme benötigt werden. Unsere Regierung und das Parlament müssen darum in der Lage bleiben, auf Änderungen der sicherheitspolitischen Lage reagieren zu können, ohne vorgängig die Verfassung mittels Volksabstimmung anpassen zu müssen.

Umverteilung hat schon längst begonnen

Der Bundeshaushalt ist vor allem dank den Sparleistungen der Landesverteidigung nicht noch mehr aus dem Gleichgewicht geraten. Die Umverteilung der Mittel von der Landesverteidigung in den explosiv wachsenden Sozialbereich hat bereits stattgefunden. Insgesamt wurde das Budget des VBS



Nationalrat Werner Messmer.

von 1990 bis 2001 um ganze 9 Milliarden Franken gekürzt. Der Anteil der Ausgaben für die Landesverteidigung am Bundeshaushalt schrumpft von 34,7% im Jahre 1960 auf noch 10,4% bis 2002 (Finanzplan gemäss Bundesratsbeschluss vom 28.9.98). Mit anderen Worten: Eine beträchtliche Friedensdividende ist ausgeschüttet; weitere Kürzungen gehen zulasten unserer Sicherheit und Flexibilität.

Initiative gefährdet die Armeereform XXI

1999 erschien der neue sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates unter dem Titel «Sicherheit durch Kooperation». Der Bericht zieht die Konsequenzen aus den sicherheitspolitischen Veränderungen der letzten zehn Jahre und ist die Basis für die Planung der Armee XXI. Die Risiken sind heute anders gelagert – nicht aber verschwunden. Der Armee mitten in diesem entscheidenden Anpassungsprozess

die Mittel langfristig zu wehren, würde diese dringend notwendige Reform verunmöglichen. Die neue Armee muss frei und in erster Linie auf Grund einer Beurteilung der inskünftigen sicherheitspolitischen Lage konzipiert werden. Als Nichtmitglied der Nato muss und will die Schweiz selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so bewahrt sie ihre Glaubwürdigkeit und kann, wo nötig und möglich, erfolgreich kooperieren. Eine derart massive Reduktion der finanziellen Mittel für die Landesverteidigung müsste sich von der Aufgabenstellung der Armee her rechtfertigen lassen, bevor man sie vollstreckt. Das ist aber heute nicht der Fall.

Friedenspolitik findet statt

Die Initiative spricht von Friedenspolitik. Die Schweiz betreibt aber schon seit langem praktische Friedenspolitik. Freiwillig leisten schon heute Schweizerinnen und Schweizer einen

hochwillkommenen und geschätzten Beitrag auf den internationalen «Baustellen des Friedens». Dort zeigen unsere Armeeingehörigen, dass die Zusammenarbeit mit zivilen Friedensorganisationen sehr gut funktioniert. Es zeigt sich aber auch, dass in Krisen- und Kriegsgebieten die zivilen Organisationen auf militärische Unterstützung angewiesen sind. Ohne militärischen Schutz sind leider viele friedliche Lösungen undenkbar.

Ohne Wenn und Aber: Nein

Durch eine Annahme dieser «Armee-Abschaffungsinitiative auf Raten» würden nicht nur Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, sondern auch unsere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit auf lange Zeit hinaus verantwortungslos eingeschränkt. Wenn wir nicht kontinuierlich und situationsgerecht in die Landesverteidigung investieren, sind wir nicht mehr gewappnet. Weder gegen ernsthafte Szenarien und Ereignisse unterhalb der Kriegsschwelle, geschweige denn gegen einen modernen Krieg. Massstab für eine selbständige militärische Landesverteidigung ist die Glaubwürdigkeit nach innen und aussen. Diese Glaubwürdigkeit beruht auf zwei Pfeilern:

■ Auf der überzeugenden Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstbehauptung, garantiert durch eine angemessene Verteidigungskapazität;

■ Auf einem substanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung und Friedenssicherung

Darauf sind unsere sicherheitspolitischen Massnahmen und Instrumente auszurichten. Die Halbierungsinitiative ist darum aktiv zu bekämpfen, damit der Souverän am 26. November 2000 an der Urne ein klares Nein spricht. ■

Kosovo ◊ Hilfe vor Ort, auch wenn Kosovo nicht mehr im Schaufenster steht

FDP hilft den Liberalen in Kosovo mit Wahlkampf-Know-how

Eine FDP-Delegation mit den beiden Nationalräten Ulrich Fischer und Karl Tschuppert hat vom 1. bis 3. September 2000 in Kosovo Weiterbildungsseminare für die Liberale Partei Kosovo (LPK) durchgeführt. Sie leistete damit Aufbauarbeit für die geplanten Lokalwahlen vom 28. Oktober 2000.

möglichst raschen Rückkehr seiner Landsleute nach dem Krieg auf. Dies wurde auch zu einer der politischen Hauptforderungen der FDP-Asylpolitik nach Beendigung des Kriegs. Heute wissen wir, dass ein sehr grosser Teil der Kosovo-Vertriebenen bereits wieder zu Hause ist oder sich im Rückkehrprozess befindet.

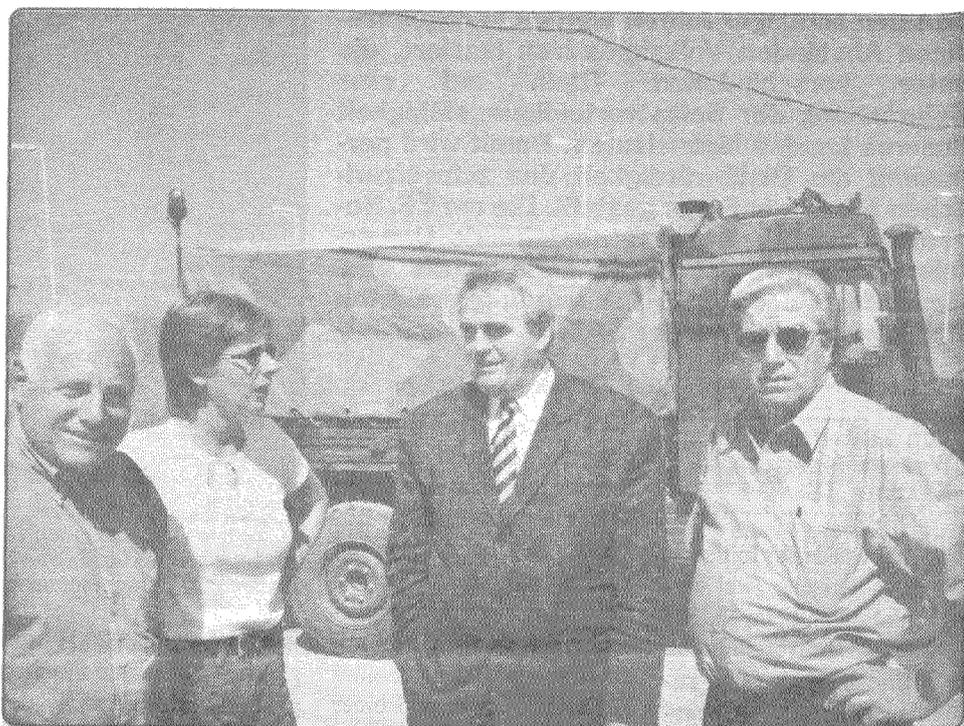
Know-how vermitteln

Die FDP unterstützt die Wiederaufbauarbeit aber auch ein Jahr nach dem Wahlkampf: Vom 1. bis 3. September 2000 reisten die FDP-Nationalräte Ulrich Fischer und Karl Tschuppert mit einer freisinnigen Delegation nach Kosovo, um dort Know-how bezüglich Wahlkampf-führung an die Kader der LPK weiterzuvermitteln. Im Weiteren statteten sie den schweizerischen Truppen vor Ort, der Swisscoy, einen Besuch ab. ■

FDP. Auf dem Höhepunkt der Kosovo-Krise hat die FDP Schweiz dem Parteipräsidenten der Liberalen Partei Kosovos (LPK) und seinem Sprecher intensive Kontakte mit der FDP-Fraktion ermöglicht sowie ein Büro in Bern zur Verfügung gestellt.

Herausforderung für die FDP

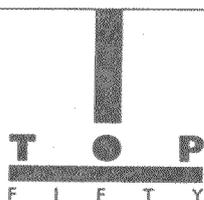
Der Präsident, Gjergj Dedaj, rief seinerzeit zu einer



Der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, Claudia Kohlschütter, Generalsekretariat FDP Schweiz, und der Luzerner Nationalrat Karl Tschuppert unterhalten sich mit dem Präsidenten der Liberalen Partei Kosovos, Gjergj Dedaj.



Die FDP-Delegation mit Ulrich Fischer, Claudia Kohlschütter und Karl Tschuppert wird von Mitgliedern der Swisscoy über ihre Aufgaben orientiert. (Fotos Blick)



Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch



...gurgelfrisch
trybolwohl...



- für frischen Atem
- nach dem Essen gurgeln
- seit 100 Jahren bestbewährt

Einladung zu einer Arbeitstagung des Bildungsausschusses der FDP Schweiz

Diese Einladung richtet sich an alle, die am Tagungsthema interessiert sind.

Samstag, 11. November 2000, 9 Uhr, in der Universität Bern, Hochschulstr. 4

Tagungsthema: «Die Fachhochschulen an der Wegscheide»

Programm

9.00 Uhr	Kaffee und Gipfeli	12.00 Uhr	Mittagessen / Organisation der Gruppen
9.30 Uhr	Begrüssung und Einführung durch Ständerätin Christiane Langenberger, Präsidentin des Bildungsausschusses	12.45 Uhr	Gruppenarbeit zu den Fokusthemen 1-3
9.40 Uhr	Aktuelle Fragestellungen	14.15 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 1: Christine Beerli
10.00 Uhr	Entwicklungsperspektiven für die Fachhochschulen Eric Fumeaux, Direktor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT)	14.25 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 2: Stephan Bieri
10.00 Uhr	Fokus 1 Fachhochschulen: Bindeglied zwischen Universität und Wirtschaft Leitung: Ständerätin Christine Beerli	14.35 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 3: Johannes Randegger
	Fokus 2 Fachhochschulen: Profilierung tut not! Leitung: Stephan Bieri	14.45 Uhr	Zusammenfassung der Tagung: Christiane Langenberger
	Fokus 3 Fachhochschulen: Bessere Qualität für Lehre und angewandte Forschung Leitung: Nationalrat Johannes Randegger		
11.00 Uhr	Round Table: Moderation: Christiane Langenberger Redner: Christine Beerli, Johannes Randegger, Eric Fumeaux und Stephan Bieri		

Anmeldung

bis 3. November an das Sekretariat der FDP Schweiz,
Fax (031) 320 35 00, oder Postfach 6136, 3001 Bern.

Name/Vorname:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

ZÜRICH  In Kooperation mit der Arthur Andersen AG, Zürich

«Politikwissen managen»

Zeit: 24. Oktober 2000

Ort: Arthur Andersen AG, Binzmühlestr. 14, 8050 Zürich

Zielpublikum: FDP-Mitglieder, in erster Linie aber Personen aus den Schnittstellenbereichen (Eidg. Parlament, Kantonalsekretariate, Ortsparteipräsidien, Technology Board)

Zeit	Vortragsthema	Inhaltliche Punkte	Mögliche Referenten
13.30-13.45	Einführung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüssung ■ Überblick und Ziel der Veranstaltung 	FDP Schweiz
13.45-14.30	Warum E-Politics?	<ul style="list-style-type: none"> ■ Was ist E-Business? Was ist E-Government? Was ist E-Politics? ■ Tendenzen und Erfahrungen 	Peter Bucher, Arthur Andersen
14.30-15.15	Politik und Wissensmanagement/ Knowledge Management (KM)	<ul style="list-style-type: none"> ■ KM-Strategien im politischen Umfeld ■ KM-Erfahrungen im Ausland (FDP Deutschland) ■ KM-Ansatzpunkte für die FDP Schweiz (z. B. Netzwerke, Portale) 	Referent FDP Deutschland
15.15-15.30	Pause		
15.30-16.00 und 16.00-16.30	Managen des Wissens an der Schnittstelle zw. Organisation und Öffentlichkeit (Workshop 1)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Was macht der private Sektor im KM? ■ Welche Parallelen ergeben sich für KM im öffentlichen Sektor? ■ Demonstration einer Lösung (z. B. wisdom, kspace) 	Luc Schuurmans, Arthur Andersen
15.30-16.00 und 16.00-16.30	Erfolgsfaktoren für das Managen des Wissens innerhalb der polit. Organisation (Workshop 2)	<ul style="list-style-type: none"> ■ KM-Strategien für eine politische Partei ■ KM-Erfolgsfaktoren und Barrieren ■ Praktische Beispiele im politischen Umfeld 	Bruno Hofer, FDP
16.30-17.00	Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> ■ Podiumsdiskussion, welche der Frage nachgeht: Welche Ansatzpunkte ergeben sich für die FDP? 	alle
Anschliessend Apéro			

Anmeldung

mit Angabe von Name, Vorname, Funktion und Wohnort:

FDP-Generalsekretariat in Bern, Fax (031) 320 35 00, oder gs@fdp.ch



Publireportage FDP Zeitung

Wasserwerke Zug AG (WWZ)

Die WWZ, gegründet 1892 als Nachfolgerin der damals bereits seit 1878 privaten Wasserversorgung Zug AG, versorgen über die Kantonsgrenzen hinaus 19 Gemeinden der Region Zug mit Strom, Gas, Wasser und Telekommunikationsdienstleistungen. Die WWZ sind das Versorgungsunternehmen der Region Zug mit solider Ertragskraft und Substanz und einer breiten Abstützung in der Bevölkerung.

Das Unternehmen beschäftigt 169 Mitarbeiter, diese entsprechen 150 Vollzeitstellen.

Die WWZ geben über 600 Mio. kWh Elektrizität ab, wovon 5% aus eigenen Anlagen, 20% aus Beteiligungen und die übrige Energie von drei verschiedenen Lieferanten stammen. Die Gasabgabe erreicht über 450 Mio. kWh. Das Kabelnetz ist auf modernstem Stand und zweiwegtauglich, seit über zwei Jahren wird erfolgreich Internet angeboten. Die Wasserversorgung basiert je zur Hälfte auf Quell- und Grundwasser.

Das Aktienkapital beträgt 25 Mio. Franken und ist eingeteilt in 50'000 Namenaktien zu 500 Franken nominal. Die öffentliche Hand, die Stadt Zug und andere Zuger Gemeinden, halten rund 20 % des Kapitals, die übrigen Titel sind unter rund 3'300 Aktionären breit gestreut.

1999 machte der Gesamtertrag der Gruppe 143 Mio. Franken aus, wozu die Elektrizität mit 74 % am meisten beitrug. Rund 8 % steuerte die Gasversorgung, je 5 % das Wasser und das Kabel-TV samt Internet bei. Die Cash-Flow-Marge von 26 % deutet auf eine gute Ertragssituation hin, die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr verdeutlicht, dass die marktbedingten Preissenkungen bei der Elektrizität auf der Kostenseite gut kompensiert werden konnten. Der Gewinn nach Abschreibungen und Rückstellungen wurde mit 3,2 Mio. Franken ausgewiesen. Die Dividende pro Aktie wurde von 55.-- auf 65.-- Franken angehoben.

Im laufenden Jahr konnte das Kabelnetz um drei Netze im Kanton Luzern erweitert und eine kleinere Wasserversorgung übernommen werden. Im Vorfeld der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes sind mit den Grosskunden bereits neue Lieferverträge abgeschlossen worden. Mittelfristig ist mit generell tieferen Strompreisen zu rechnen, wobei auch günstiger eingekauft werden kann. Auf die finanzielle Entwicklung umgesetzt ist deshalb ein marginales Umsatzplus bei nahezu unveränderten Ergebnissen (Cash-Flow, Gewinn) zu erwarten.

Die Aktien werden ausserbörslich über verschiedene Bankinstitute gehandelt. Der Kurs nahm nachfragebedingt und aufgrund der allgemeinen Internet- und Telekommunikationstrends von anfangs Jahr 3'250.-- Franken auf 4'000.-- Franken zu.

Kennzahlen		1995	1996	1997	1998	1999
Gesamtertrag (Umsatz)	Mio. Fr.	131.3	135.3	143.0	144.4	142.6
Veränderung in %		+ 2.8	+ 3.0	+ 5.7	+ 1.0	- 1.3
Cash-Flow	Mio. Fr.	32.5	28.7	33.2	34.4	36.6
- in % vom Umsatz		24.8	21.2	23.2	23.8	25.6
Ausgewiesener Gewinn	Mio. Fr.	3.01	3.02	2.50	2.43	3.21
Vollzeitstellen		150	155	152	151	150
Umsatz pro Mitarbeiter	1000 Fr.	875	873	941	956	955
Investitionen	Mio. Fr.	29.0	46.5	14.3	15.6	11.6
Eigenkapital *	Mio. Fr.	172.0	174.5	178.4	185.3	191.9
- in % der Bilanzsumme		66	63	73	75	74
Dividende pro Aktie	Fr.	50	50	50	55	65

* inkl. Rückstellungen

TAGUNG DER FDP-FRAUEN SCHWEIZ  *Gesundheit – zu welchem Preis?*

«Let the dance begin!»

VON BETTY FAHRNI-JONES, AMRISWIL

«Lasst den Tanz beginnen!» – mit diesem Werbeslogan wird in den USA für die Lifestyle-Pille Viagra Verkaufswerbung betrieben, etwas, das in der Schweiz (noch!) nicht erlaubt ist. Und trotzdem: Die aktuellen Diskussionen über Fruchtbarkeitsbehandlungen, Badekuren, Adipositasbehandlungen, chinesische Medizin, Transsexualitätsoperationen bis hin zu Warzenentfernungen usw. zeigen, dass der «Tanz» im schweizerischen Gesundheitswesen auf seine Art ebenfalls schon längst begonnen hat. Mit einer gut besuchten Tagung zu dieser Thematik in Zürich mit TeilnehmerInnen aus der ganzen Schweiz wollten die FDP-Frauen Schweiz zur aktuellen Diskussion einen Beitrag leisten.

Dank dem Einsatz der sechs Referentinnen und Referenten, die ihre Ausführungen mit Verantwortung und Fachkompetenz prägten, erhielten die Ta-

gungsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine Fülle von Informationen zu diesen komplexen Themen. Die Vortragenden schöpften dabei aus einem reichen Hintergrund an Wissen und Erfahrungen.

Diskutiert wurde anschliessend unter der gekonnten Gesprächsleitung von Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin ZH.

Eines der Hauptziele des KVG ist die Verbesserung des Solidaritätsprinzips im Krankenversicherungswesen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine breite Diskussion in allen Regionen der Schweiz nötig zu den Finanzierungsperspektiven,



Thomas Cueni, Generalsekretär der Interpharma.

der demographischen Entwicklung, der modernen Lebensart und dem Verhältnis des Einzelnen zum Kollektiv.

Die Referate:

Dr. theol. Andrea Arz de Falco, Oberassistentin am Interdisziplinären Institut für Ethik an der Universität Freiburg und Präsidentin der Eidg. Ethikkommission:

ETHISCHE GRUNDLAGEN DER GESUNDHEITSPOLITIK

Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, Nationalrat Zürich:

GESUNDHEIT UND POLITIK

Barbara Hayoz-Wolf, Grossrätin Bern, Präsidentin Verein Krankenkasse Helsana:

WELCHE LEISTUNGEN GEHÖREN IN DIE GRUNDVERSICHERUNG?

Dr. med. Suzanne Braga, Humangenetikerin, Bern:

WAS IST MACHBAR?

Dr. med. Yves Guisan, Nationalrat Waadt:

LA SANTÉ – À QUEL PRIX?

Thomas Cueni, Generalsekretär der Interpharma, Basel:

ZUGANG ZUM MEDIZINISCHEN FORTSCHRITT – AUCH IN ZUKUNFT!

Die Referate können bezogen werden bei:

Marianne Zbinden-Tanner, 5018 Erlinsbach



Bildimpressionen von der Tagung der FDP-Frauen Schweiz in Zürich.

Fax (062) 844 40 60
E-Mail: zbinden@erlinsbach.ch



Von links nach rechts: Suzanne Braga, Yves Guisan, Sibylle Burger-Bono, Franziska Frey-Wettstein, Barbara Hayoz-Wolf, Felix Gutzwiller.

WETTBEWERB  Die Auflösung

«... blutter Finger»

In der letzten «Freisinn»-Nummer fragten wir Sie, was Nationalrätin Christiane Langenberger zu Generalsekretär Johannes Matyassy und seinem erhobenen Zeigefinger gesagt haben könnte. Die Wahl unseres Generalsekretärs zum Direktor von «PRäsenz Schweiz» hat offensichtlich vielen Leserinnen und Lesern den Anstoss gegeben, zur Feder zu greifen.

Prämiert wurden folgende Antworten:

«Ich Ihre Nachfolgerin? Daran habe ich noch nicht gedacht.»

von Jeanette Bögli-Kohler, Langendorf.

«Bei der FDP geht's, bei deiner künftigen CH-Imagepflege darfst du aber nicht mit dem blutten Finger auf Staatsoberhäupter zeigen!»

von Felix Auer, Bottmingen.

rus. Zu gewinnen gab es wiederum ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille. Der erhobene Zeigefinger und die berufliche Veränderung Johannes Matyassys haben einmal mehr viele «Freisinn»-Leserinnen und -Leser animiert, Christiane Langenberger eine träge Antwort in den Mund zu legen.

Die Gewinnerin und der Gewinner erhalten ihre Wettbewerbspreise dieser Tage. Die «Freisinn»-Redaktion dankt aber auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die nicht gewonnen haben. Der nächste «Freisinn» eröffnet wieder eine Chance. ■



Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Dezember 2000 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer Stelle eine

Politische Sekretärin

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen in den Bereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik / Gesundheits- und Drogenpolitik / Aussenpolitik / Internationale Kontakte / FDP Schweiz International.

Ihre Tätigkeit umfasst einerseits die Betreuung der entsprechenden Parteigremien und Kommissionen, das Führen der Ausschussesekretariate, das Erstellen von Protokollen, das Verfassen von Arbeitspapieren, Diskussionsgrundlagen, Positionspapieren der Partei sowie die Formulierung der Vernehmlassungsantworten zuhanden der Geschäftsleitung. Andererseits sind Sie mit besonderen Aufgaben betraut wie dem Verfassen von Redetexten, der Entwicklung von Strategiekonzepten und der Informationsbeschaffung. Ihre Aufgabenbereiche verlangen in mancher Hinsicht auch eine enge Zusammenarbeit mit Mitgliedern der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Wir setzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus, eine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsorientierung. Sie sind deutscher oder französischer Muttersprache, beherrschen aber auch die andere Sprache und sprechen auch Englisch, interessieren sich für die eidgenössische Politik und sind dem liberalen Gedankengut verbunden.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an, (031) 320 35 35.

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei
der Schweiz

Abonnieren Sie
unseren newsletter
auf

www.fdp.ch

So werden Sie
gleichzeitig
mit den Medien
informiert.

APPENZELL  Weltoffene FDP Ausserrhoden

Fulminanter Auftritt am Appenzellerfest

Eine beeindruckende Fahنشau mit 200 Fahnen aus aller Welt zeigte die FDP Ausserrhoden auf dem Sammelplatz. Damit wollten wir Weltoffenheit demonstrieren. Die Fahnen sollten gleichzeitig Tradition und Offenheit veranschaulichen – eine symbolische Nachricht für Besonnene. So verwandelte sich ein grosses Gelände in einen besinnlichen Ort.

VON FDP-KANTONAL-PRÄSIDENT ROMAN MESSMER, WALDSTATT (AR)

Die Festidee für das Appenzellerfest 2000 ist sozusagen spontan entstanden aus der Erfahrung des rasanten Wandels am Übergang vom 2. ins 3. Jahrtausend: Alt-hergebrachtes ist in Frage gestellt oder verschwindet, das Neue ist erst in Umrissen sichtbar und die Zukunft ungewiss. Trotzdem und gerade deswegen wollten die Appenzeller feiern. Es gibt sie, mit ihrem Land, ihrer Vielfalt und Tradition, Offenheit und Lebensfreude und dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft. Am ersten Septemberwochenende konnte die Vielfalt und der Ideenreichtum von rund 100 Projekten auf verschiedenen Festplätzen auf der Strecke zwischen Teufen-Bühler-Gais-Appenzell-Gonten bestaunt werden.



Frau Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz in Gesellschaft mit Sylvia und Otto Schoch (alt Ständerat).

Öffnung ein Muss

Die Frage war offen: Was für einen Beitrag soll oder kann die FDP als Partei bei einem solchen Fest leisten? Soll sie sich einfach nur selbst zelebrieren? Die Antwort war Nein. Die FDP wollte eine Idee veranschaulichen, die im kommenden Jahrhundert an Bedeutung gewinnen wird: die Weltoffenheit. Sie gehört zum liberalen Gedankengut.

Augen offen halten

Mit dem FDP-Engagement wurde sichtbar gemacht, dass die Schweiz auf dieser Welt nicht allein ist. Dazu gehören die vielfältigsten persönlichen und wirtschaftlichen Kontakte. Weltoffenheit ist der Weg in die Zukunft. Dieser muss mit offenen Augen besritten werden.

Heute, im 21. Jahrhundert, ist jedes Land der Welt sozusagen zu einem Nachbarland der Schweiz geworden. Die intensive weltweite Kommunikation hat eine Globalisierung vorangetrieben. Der Wandel ist nicht

aufzuhalten. Um in Zukunft erfolgreich zu sein, sollten die vielfältigen Chancen genutzt werden. Die Politik hat sich auf den Wandel einzustellen. Letztlich wird sie an der Realität und nicht an Mythen gemessen. Das wollte die FDP mit ihrem Auftritt am Appenzellerfest verdeutlichen.

Bewegte Welt – eine Fahنشau

Auf einem Platz von historischer Bedeutung wurde

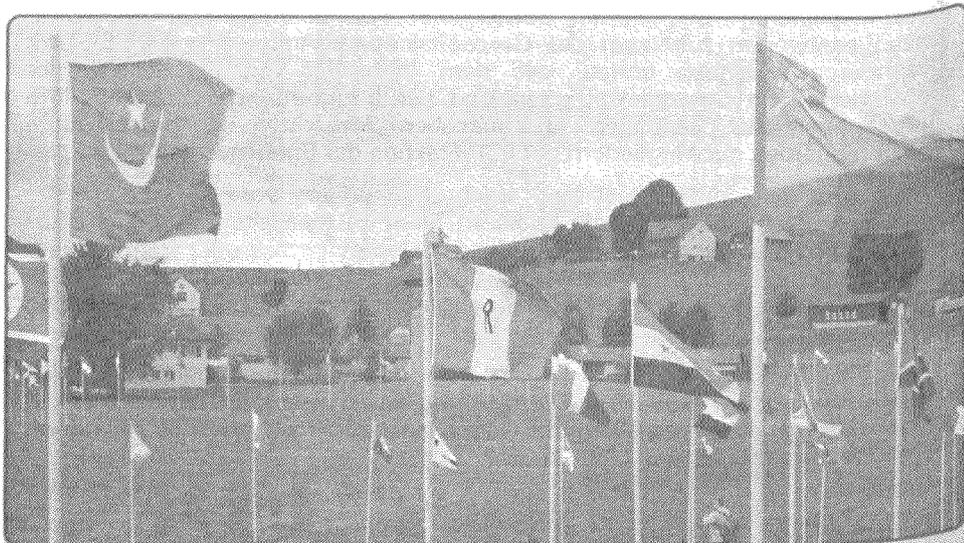
die Schweizer Grenze abgesteckt (240x180 m) und auf den 1200 m Umriss 200 Flaggen aus aller Welt gepflanzt. Um den Fahnenwald aus der Vogelperspektive zu betrachten, waren Flüge mit dem FDP-Heissluftballon vorgesehen. Leider liess es die unsichere Wetterlage nicht zu, den Ballon zu starten.

Im Bistro International boten wir die Gelegenheit zur Kontaktpflege. Musikalische Darbietungen von unserer «FDP-Husmusik», welche von Noldi Tobler angeführt wird, trugen zur guten Stimmung bei, und diverse Präsentationen über verschiedene Länder beeindruckten unsere Besucher.

Als Auftakt führten wir einen VIP-Anlass mit rund 100 FDP-Gästen aus dem Appenzellerland durch. Dabei konnten wir als Referenten den ehemaligen Nationalrat Ernst Mühlemann zum Thema «Wohin geht die Schweiz» gewinnen.

Am Schulprojekttag besuchten uns rund 200 Schülerinnen und Schüler. Mit grossem Eifer und Begeisterung beteiligten sie sich am Wettbewerb. Zur Lösungshilfe waren zwei Internetabeitsplätze installiert, mit welchen auch Gästebucheinträge mit Bildern ermöglicht wurden. So Tanjas Gästebuch-Eintrag in der Homepage www.fahنشau.ch: «Hüt Morgä sind mir mit dä Schuel a Ihrem Stand gsi, und i muess sägä, dass dä eifach dä besti gsi isch. I glaub, i gang denn morn mit minä Elterä nomol anä. Viel Glück Tanja.»

Die FDP-Fahنشau fand grossen Anklang und wurde von verschiedenen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik besucht, unter anderem erfreute uns der spontane Besuch von Frau Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz.



Der eindrückliche Flaggenwald, mit welchem die Grenzen der Schweiz abgesteckt waren. (Bilder Rom)

WECHSELSPIEL  Rädelsführer und Schwächlinge

Prävention kommt vor der Bekämpfung

Nachdem Skinheads am 1. August die Ansprache von Bundesrat Villiger auf wüste Art und Weise gestört hatten, ist nach der Sommerpause die Diskussion über Rechtsextremismus in allen Medien das Thema.

VON NATIONALRAT
PAUL KURRUS,
REINACH BL



Paul Kurrus

Leider beschränkt sich das Angebot an Lösungen für das Problem Rechtsextremismus meist auf mehr Polizeieinsatz und schärfere Gesetze.

Obschon solche Massnahmen auch ein Mittel zur dringend notwendigen Eindämmung dieses Phänomens sind, sind sie Symptome oft von den Ursachen ab. Die Suche nach den Gründen ist allerdings keine Entschuldigung – im Gegenteil, es geht darum, das Verhalten von der Wurzel aus zu bekämpfen.

Wo liegen denn aber die Ursachen?

Wir leben in einer sich immer schneller wandelnden Welt. Die Orientierung ist schwieriger geworden.

Junge Menschen, die dem ständig wachsenden Leistungsdruck nicht mehr standzuhalten vermögen, landen irgendwann als Versager auf der Strasse. Nicht selten fehlt heute den Jugendlichen der Halt in der Familie. Es fehlt ihnen insbesondere in der anspruchsvollen Zeit der Pubertät die elterliche Konsequenz, aber

auch das Verständnis, die Hilfe und die Zuwendung. Oft sind die Eltern überfordert oder nicht bereit, den Erziehungsstress zu ertragen. Der Erziehungsauftrag wird dann an die Fernsehanstalten abgetreten.

Unterschlupf in der Gruppe finden

In solchen Situationen suchen Menschen oft Halt in Gruppierungen von Gleichgesinnten. Dabei erscheinen oppositionelle Gruppierungen, welche andere als minderwertig darstellen und die komplexen Probleme der modernen Welt mit Schlagworten zu lösen vorgeben, besonders attraktiv. Von da an ist der Weg in die rechtsextreme Szene nicht mehr weit. Für gewaltbereite Gruppierungen bieten sich Ausländer, Schwache oder sonst gut identifi-

zierbare Gruppen von Menschen als Sündenböcke für Probleme besonders gut an.

Fehlende Wärme

Die Vermittlung der menschlichen Grundwerte an unsere Jugend können uns indessen auch noch so viele Fernsehkanäle nicht abnehmen. Das Gefühl der Wärme, der Zuwendung und des Akzeptiert- und Verstandenseins können nur wir Eltern vermitteln.

Es sind daher nicht nur Gesetzgeber und Polizei, sondern auch Familie, Schule und Politik gefordert – also die Bürgergesellschaft im weitesten Sinne.

Wenn unsere Jugend die erwähnten menschlichen Grundbedürfnisse wieder vermehrt zu Hause decken kann, wird die Attraktivität von linken und rechten Gangs wieder abnehmen. ■

TERMINE

Oktober

- 17. Presseverband
- 20. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 21. Delegiertenrat/a. o. Delegiertenversammlung (GL)

November

- 27.–15.12. Wintersession
- 9. Bundesratsparteien-Gespräche
- 10. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 17./18. VorseSSIONALE Fraktions-sitzung
- 26. Eidg. Abstimmung
- 29. Wahlfeiern National- und Ständeratspräsident
- 30. Geschäftsleitung

Dezember

- 6. Vereinigte Bundesversammlung/off. Fraktionsessen
- 7. Wahlfeier Bundespräsident

Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirkspräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- «Politische Rundschau» Fr. 20.– (Jahresabonnement)
- «Der Freisinn» Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

10/00

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

SCHWEIZ OHNE SICHERHEIT ?

Die Umverteilungsinitiative –

Ein «Wolf im Schafspelz» !

Am 26. November stimmen wir über die Umverteilungsinitiative ab.
(Halbierung der Verteidigungsausgaben)

Was steckt dahinter ?

- ✗ Der Entzug der Finanzen für eine glaubwürdige Armee
- ✗ Die ungenügende Sicherheit für Land und Volk
- ✗ Die Vernichtung von 6000 Arbeitsplätzen
- ✗ Kein Franken wird gespart, sondern alles umverteilt – davon allein 600 Millionen Franken jährlich in Projekte im Ausland.

Nein!

zur Umverteilungsinitiative
am 26. November

Das können wir SchweizerInnen auf Kosten unserer eigenen Sicherheit nicht verantworten!

Schweizer Komitee «Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit».

Mitglieder des Copräsidioms: NR Toni Brunner, SVP SG; NR Jacques-Simon Eggly, LPS GE; NR Edi Engelberger, FDP NW; NR Walter Frey, SVP ZH; SR Bruno Frick, CVP SZ; NR Peter Hess, CVP ZG; NR Maya Lalive d'Epinay, FDP SZ; SR Christiane Langenberger, FDP VD; NR Josef Leu, CVP LU; SR Samuel Schmid, SVP BE; NR Johann N. Schneider-Ammann, FDP BE; NR Ulrich Siegrist, SVP AG; Präsident SOG; NR Jean-Claude Vaudroz, CVP GE.